

Haushaltsrede von Rm Brück (vorläufige Gruppe NPD/Die Rechte)

Liebe Zuschauer,
werte Ratsmitglieder, denen die Zukunft unserer Stadt nicht gleichgültig ist.

Vorab gesagt: Wir, die Ratsgruppe von NPD und Die Rechte, werden den Haushalt 2017 ablehnen. Für uns als Volksvertreter, für die das Volk nicht ein beliebig austauschbarer Begriff ist, steht das Wohlergehen unserer Landsleute an erster Stelle. Und dieser Haushalt ist kein Schritt zum Wohlergehen, sondern ein weiterer Raub an Volksvermögen, ein weiterer Schritt zu einer unsozialeren Stadt, in der es Menschen 1., 2. und 3. Klasse gibt, wobei breite Bevölkerungsteile zu letzterer gehören.

Wenn ich sehe, dass viele Ratsvertreter der etablierten Parteien bei meinem Redebeitrag den Saal verlassen, freue ich mich. Ich freue mich, dass sie von hier verschwinden. Wenn es nach uns ginge, würde kein einziger von Ihnen mehr in diesem Saal sitzen und politische Verantwortung tragen. Leider und das bedauere ich wirklich sehr, werden sie in einigen Minuten zurückkehren. Aber spätestens 2020 liegt es an den Dortmundern, Sie endlich dorthin zu befördern, wo Sie hingehören. Weg von den Schalthebeln der Macht in unserer Stadt, weg von jeglicher, politischer Verantwortung. Sie sind es, die unser Land systematisch herunterwirtschaften, soziale Konflikte beschleunigen und einen Bevölkerungsaustausch praktizieren. Dafür werden Sie sich einst zu verantworten haben, denn immer mehr Menschen erkennen, was hier vor sich geht, wie die letzten Wahlen unterstrichen haben.

Auf über 2,5 Milliarden Euro wird im Jahr 2017 die Verschuldung unserer Stadt ansteigen. Im Jahr 2010 waren es noch 2 Milliarden und bereits damals schon ein gigantischer Wert. Dies sind keine blanken Zahlen, sondern das Resultat einer Misswirtschaft, die von allen etablierten Parteien dieses Rates mitgetragen wird. Jedes Jahr steigt die Verschuldung unserer Stadt und es gibt überhaupt keine Bestrebungen, etwas daran zu ändern. Wenn der städtische Haushalt 2017 erneut ein Haushaltsloch von etwa 70 Millionen Euro aufweist, ist das ein alarmierendes Zeichen und kein Grund, in übliche Schönrederei zu verfallen, wie es vor mir die gleichgeschalteten Ratsfraktionen der Mehrheitsparteien taten.

Dortmund pfeift aus dem letzten Loch und Sie alle sind schuld daran. Sie sind schuld daran, dass jedes vierte Kind in Armut aufwachsen muss, weil Gelder lieber für Prestigeprojekte wie U-Turm, Phoenixsee oder DFB-Museum verschwendet werden, deren Kosten aus dem Ruder gelaufen sind oder immer noch aus dem Ruder laufen. Sie sind schuld daran, dass jeder zweite Dortmunder einen Wohnberechtigungsschein beantragen kann, weil sein Einkommen so gering ist, dass er auf staatlich subventionierten Wohnraum angewiesen ist. Trotz dieses alarmierenden Umstandes, gibt es keine Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik. Ganz im Gegenteil. Arbeitsamtsstatistiken werden beschönigt, zahllose Betroffene in Maßnahmen und Jobs im Niedriglohnbereich gedrängt, Hand in Hand mit Zeit- und Leiharbeitsfirmen zusammengearbeitet, die eine Zukunftsplanung verunmöglichen und häufig eine angemessene Bezahlung verwehren. Alles getreu dem Motto, zum Sterben zu viel, zum Leben zu wenig.

Sie sind schuld daran, dass sich die Stadt einen gigantischen Mitarbeiterapparat unterhält, der bis in die Ratsfraktionen mit ihren jährlichen Fördergeldern in Millionenhöhe reicht. Kaum ein Bürger dieser Stadt hat einen Nutzen von einer „Koordinierungsstelle für Vielfalt und Toleranz“, dem X-ten Netzwerk für „Schwule und Lesben“ oder steuerlich finanzierten „Projekten gegen Rechts“. Dennoch werden Millionenbeträge in genau diesem Bereich verschwendet, mit denen einer kleinen Clique aus dem Establishment gut bezahlte Stellen

zugeschustert werden. Für all diese Programme darf aber der Steuerzahler blechen, dem im Gegenzug Schließungen sozialer Einrichtungen ebenso zugemutet werden, wie ständig steigende Steuern und Abgaben, in fast jedem Lebensbereich.

Ich könnte meine Aufzählung wohl stundenlang fortsetzen Meine Redezeit hier im Rat ist aber auf 8 Minuten begrenzt. Begrenzt, weil die etablierten Parteien vor genau diesen kritischen Worten Angst haben und sie nicht hören wollen. Mit Verweis auf die Geschäftsordnung, werden vor jeder Sitzung Redezeitbegrenzungen festgelegt und von der Mehrheit des Blockparteienkartells durchgewunken. Politische Minderheiten müssen sich deshalb mit wenigen Worten begnügen. Diese wenigen Worte will ich nutzen, um auf einen Missstand hinzuweisen, der alleine bereits dazu führen würde, dass der städtische Haushalt nicht nur ohne Neuverschuldung auskäme, sondern sogar Schulden im dreistelligen Millionenbereich abgebaut würden. Die Asyl- und Einwanderungspolitik. Aktuell leben etwa 7000 Asylbewerber in Dortmund, von denen nur ein sehr kleiner Teil tatsächlich als politisch verfolgt im Sinne von Artikel 16 a des Grundgesetzes gilt. Die Zahlen schwanken hierbei irgendwo um die 2 %. Hinzu kommen Kriegsflüchtlinge, über deren temporären Aufenthalt sich sogar verhandeln ließe, wenn sie tatsächlich und nachweislich vor direkten, militärischen Auseinandersetzungen geflohen sind. Doch die Masse derjenigen, die in Dortmund lebt und vom Steuerzahler mit einer gigantischen Summe getragen wird, die sich auf viele Einzelposten verteilt, nicht nur im Bereich der Transferaufwendungen, fällt weder in die Kategorie politisch verfolgt oder Kriegsflüchtling, sondern kommt aus wirtschaftlichen Interessen in die Bundesrepublik. Das mag menschlich nachvollziehbar sein. Für unser Land ist das aber eine massive Belastung, sowohl im Hinblick auf soziale Konflikte, als auch finanziell und, wie nicht zuletzt die Kölner und Dortmunder Silvesternächte gezeigt haben, häufig auch sicherheitspolitisch. Wer aus Balkanländern wie dem Kosovo und Mazedonien nach Deutschland einwandert, kommt ebenso wenig aus einem Kriegsgebiet, wie Einwanderer aus Algerien, Tunesien oder Marokko, beliebten Urlaubsländern, wo jährlich tausende Deutsche im Sommer hin pilgern, um ein paar schöne Wochen zu verbringen. Trotzdem werden alle diese Menschen auf eine Stufe mit denen gesetzt, die wirklich für ihr politisches Engagement verfolgt werden oder zumindest vor Krieg geflohen sind, wenngleich selbst dann nicht nachvollziehbar ist, warum diesen Menschen nicht in Nachbarländern, die dem gleichen Kulturraum entstammen, geholfen wird.

Ich möchte nicht zum großen Rundumschlag in der Asyldebatte ausholen. Dann wäre meine ohnehin kurze Zeit längst vorbei. Aber Sie alle, auch die Vertreter der Etablierten, wissen genau, dass eine hohe Zahl derjenigen, die hier in Dortmund Asylleistungen bezieht, entweder illegal in unserem Land lebt oder aber damit längst hätte abgeschoben werden können oder aber zumindest keinen Anspruch auf einen Aufenthalt in Dortmund hat und in andere Kommunen ausgewiesen werden müsste, wodurch der Dortmunder Bürger finanziell entlastet wäre. Von diesen Möglichkeiten wird aber kein Gebrauch gemacht. Im Gegenteil. Das Resultat ist ein Haushalt mit roten Zahlen, der gleichzeitig in vielen Bereichen Geld beim einfachen Bürger einspart.

Warum und das frage ich die Ratsfraktionen des Blockparteienkartells, fangen wir nicht an, die Gelder zunächst im Verwaltungsapparat einzusparen? Zum Beispiel bei den Aufwendungen für die Fraktionen. Möchte die SPD von ihrer halben Millionen nicht die Hälfte abgeben, um damit unserer Stadt zu helfen? Möchten die Grünen nicht ihren Anteil zur Willkommenskultur leisten, die sie doch ansonsten bei jedem Anlass einfordern? Nein, das ist alles nur schön und bunt, wenn andere dafür zahlen. Und genau das ist die Moral, die hier vorherrscht. Politiker sollten persönlich und mit dem Vermögen von sich und ihren Parteien

für ihre Taten haften. Dann würde sich niemand von den hier Anwesenden trauen, diesem Haushalt zu stimmen.

Wir, die Ratsgruppe NPD und DIE Rechte, tragen diesen Wahnsinn nicht mit und werden den Haushalt 2017 deswegen ablehnen.

Abschließen möchte ich mit einem Zitat, dessen Ursprung mir leider nicht genau bekannt ist, welches sich aber durchaus auf die heutige Parteiensituation in der Bundesrepublik übertragen lässt, die auch diesen Dortmunder Schandhaushalt hier gleich beschließen wird:

„Die Herren haben ganz Recht – wir sind intolerant! Ich habe mir ein Ziel gestellt: Nämlich die 30 Parteien aus Deutschland hinaus zu fegen.“

In diesem Sinne, vielen Dank für die Aufmerksamkeit!